

Schriften des Hessischen Landtages

Gedenkstunde im Rahmen des bundesweiten Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

im Hessischen Landtag
am 24. Januar 2024



HESSISCHER
LANDTAG

#43

Schriften des
Hessischen Landtages
Heft 43

„Der Schutz jüdischen Lebens in unserem Land und der damit verbundene Kampf gegen jedwede Form des Antisemitismus müssen bedingungslos gelten.“

Astrid Wallmann,
Präsidentin des
Hessischen Landtages

Inhalt

Gedenkstunde im Rahmen des bundesweiten Gedenktages
für die Opfer des Nationalsozialismus am 24. Januar 2024
im Hessischen Landtag

1.	Programmübersicht der Gedenkstunde	10
2.	Begrüßung Astrid Wallmann, Präsidentin des Hessischen Landtages	19
3.	Grußwort Boris Rhein, Hessischer Ministerpräsident	25
4.	Gedenkrede Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus	33
5.	Schlusswort Astrid Wallmann	45
6.	Lebenslauf Dr. Felix Klein	51
7.	Übersicht zu den „Schriften des Hessischen Landtages“	56
8.	Impressum	60

Gedenkstunde
im Rahmen des
bundesweiten Gedenktages
für die Opfer
des Nationalsozialismus

am 24. Januar 2024
im Hessischen Landtag

Gedenkrede von
Dr. Felix Klein,
Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben
in Deutschland und den Kampf
gegen Antisemitismus



HESSISCHER
LANDTAG



Gedenkstunde im Rahmen
des bundesweiten Gedenktages für die Opfer
des Nationalsozialismus

Programm

(Musik)

Dmitri Schostakowitsch (1906–1975)
Duo für zwei Geigen und Klavier

Begrüßung

Astrid Wallmann,
Präsidentin des Hessischen Landtages

Grußwort

Boris Rhein,
Hessischer Ministerpräsident

(Musik)

Gideon Klein (1919–1945)
Trio für Violine, Viola und Violoncello, 1. Satz

Gedenkrede

Dr. Felix Klein,
Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben in Deutschland und
den Kampf gegen Antisemitismus

(Musik)

John Williams (*1932)
Musik aus dem Film „Schindlers Liste“

Schlusswort

Astrid Wallmann

Hessischer Landtag
Wiesbaden, 24. Januar 2024





Streichtrio der Jungen Musik Hessen:
 Leonie Welt (Violine), Lena Gomez (Violine)
 und Judith Sauer (Viola) v. l. n. r.



**Gedenkstunde anlässlich des
 Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus**

	<i>Dmitri Schostakowitsch, (1906-1975) Duo für zwei Geigen und Klavier</i>
Begrüßung	Astrid Wallmann Präsidentin des Hessischen Landtages
Grüßwort	Boris Rhein Hessischer Ministerpräsident
	<i>Gideon Klein, (1919-1945) Trio für Violine, Viola und Violoncello (1. Satz)</i>
Rede	Dr. Felix Klein Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus
	<i>John Williams (*1932) Musik aus dem Film „Schindlers Liste“</i>
Schlusswort	Astrid Wallmann Präsidentin des Hessischen Landtages

*Streichtrio der Jungen Musik Hessen: Lena Gomez (Violine), Leonie Welt
 (Violine), Judith Sauer (Viola)*

Im Anschluss an die Veranstaltung bittet Sie
 Frau Landtagspräsidentin zu einem Empfang.

Wiesbaden, 24. Januar 2024



„Mich berührt es sehr, dass bundesweit innerhalb weniger Tage so viele Menschen laut und sichtbar für unsere freiheitliche Demokratie und deren Rechte und Werte eintreten.“

Astrid Wallmann,
Präsidentin des
Hessischen Landtages

Begrüßung

Astrid Wallmann,
Präsidentin des
Hessischen Landtages



Landtagspräsidentin Astrid Wallmann
bei der Eröffnungsansprache

Astrid Wallmann,
Präsidentin des
Hessischen Landtages

Sehr geehrter Herr Bundesbeauftragter Dr. Klein, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein, sehr geehrter Herr Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Wolf, sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Dorn, sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende! Ich begrüße namentlich Herrn

Lambrou, Herrn Eckert, Herrn Wagner, Frau Knell und Herrn Dr. Naas. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Mitglieder der Hessischen Landesregierung, sehr geehrter Herr Landesbeauftragter Staatssekretär Becker, sehr geehrte Frau Direktorin des Landeswohlfahrtsverbandes Selbert, sehr geehrte Repräsentanten der Kommunalen Spitzenverbände, sehr geehrter Herr Vizepräsident des Hessischen Städtetages und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden Mende, sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Dr. Obermayr!

Begrüßen möchte ich an dieser Stelle auch die Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften, und dabei insbesondere den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Herrn Daniel Neumann, sowie die weiteren Vertreter der Jüdischen Gemeinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Präsidentin des Hessischen Landtages begrüße ich Sie im Namen aller Einladenden zur zentralen hessischen Gedenkstunde anlässlich des bevorstehenden Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

In diesem Jahr fällt dieses
Gedenken in eine politisch
besonders bewegte Zeit.
Überall im Land finden gegen-
wärtig Demonstrationen und
Protestversammlungen gegen
Rechtsextremismus und für
Demokratie statt [...]

In diesem Jahr fällt dieses Gedenken in eine politisch besonders bewegte Zeit. Überall im Land finden gegenwärtig Demonstrationen und Protestversammlungen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie statt, die regelmäßig mehr Menschen anziehen, als die Veranstalter es erwartet hätten. Es sind beeindruckende Bilder von mitunter weit mehr als 100.000 Menschen, die die Straßen und Plätze deutscher Großstädte füllen.

Das zivilgesellschaftliche Engagement für unsere Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit scheint zu Beginn des Jahres 2024 eine neue Dynamik entfaltet zu haben, für die die Berichterstattung über ein Geheimgespräch rechtsextremer Kreise den entscheidenden Impuls gab.

Mich berührt es sehr, dass bundesweit innerhalb weniger Tage so viele Menschen laut und sichtbar für unsere freiheitliche Demokratie und deren Rechte und Werte eintreten. Selten war in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland der Einsatz für diese Themen so öffentlich präsent und ergreifend. Das übergeordnete Ziel all dieser Demonstrationen, gemeinsam ein klares politisches Zeichen gegen die Feinde

der Demokratie und des Rechtsstaats zu setzen, wurde eindrucksvoll erreicht. Den Initiatoren und Organisatoren dieser Versammlungen, aber auch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bin ich für dieses öffentliche Bekenntnis sehr dankbar.

Mit Blick auf die Tatsache, dass bei diesen Massenkundgebungen durch Aufrufe und Plakate wie „Wehret den Anfängen“ und „Nie wieder ist jetzt“ die politischen Forderungen explizit als Lehren aus der deutschen Geschichte präsentiert werden, könnte man meinen, es sei heute im Vergleich zu den Jahren zuvor besser um die Erinnerungskultur in unserem Land bestellt. Ich bin mir dessen aber leider nicht sicher; denn die Bilder der jüngsten Demonstrationen mit unzähligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern führen uns zwar sehr eindrucksvoll vor Augen, wie stark unsere Zivilgesellschaft sein kann, aber sie werfen auch die Frage auf, warum in den Wochen nach dem 7. Oktober keine vergleichbare öffentliche Dynamik gegen den Antisemitismus entstanden ist.

Waren jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten, die mit Hakenkreuzen beschmiert wurden, zuvor kein ausreichender Grund für bundesweite Kundgebungen? Waren die Israel-Flaggen, von denen bundesweit zahlreiche vor öffentlichen Gebäuden heruntergerissen und beschädigt wurden, wie etwa auch hier in Wiesbaden am Rathaus oder bei uns am Hessischen Landtag, kein hinreichender Anlass für vergleichbare öffentliche Proteste gegen den auf diese Weise zur Schau gestellten Antisemitismus? Bedurfte es tatsächlich erst der Berichte über das Geheimtreffen eines rechts-extremen Netzwerkes, um die Massen zu mobilisieren?

Gewiss, es gab sie, die öffentlichen Demonstrationen gegen Antisemitismus. Doch selbst die größeren dieser Kundgebungen zogen nur einen Bruchteil der Menschenmassen an, die sich jüngst in Hamburg und München versammelt haben. Zugleich zogen in den Wochen nach dem 7. Oktober Versammlungen, auf denen eindeutig antisemitische Stereotype und Hetze verbreitet wurden, zum Teil sogar mehr Menschen auf die Straßen als die Gegendemonstrationen.

Das Bekenntnis gegen Rechtsextremismus und für Demokratie scheint ganz offensichtlich gegenwärtig vielen leichter zu fallen als der öffentliche Protest gegen Antisemitismus. Ich kann diesen Befund nur sehr schwer nachvollziehen, da dies für mich zwei Seiten einer Medaille sind; denn wenn das „Nie wieder“, das wir in den vergangenen Tagen und Wochen öfter hören und lesen konnten als je zuvor, mit einer zentralen Botschaft ver-

Der Wert der deutschen Demokratie, die aus den physischen und moralischen Trümmern der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft erstanden ist, bemisst sich auch daran, in welchem Umfang sie bereit ist, jüdisches Leben in unserem Land zu ermöglichen und zu schützen.

knüpft ist, dann wohl mit dieser: Der Wert der deutschen Demokratie, die aus den physischen und moralischen Trümmern der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft erstanden ist, bemisst sich auch und vor allem daran, in welchem Umfang sie bereit und in der Lage ist, jüdisches Leben in unserem Land zu ermöglichen und zu schützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, daraus folgt auch, dass ein öffentliches Bekenntnis zur Demokratie, das das Problem des Antisemitismus bewusst nicht adressiert und stattdessen ignoriert, wertlos, ja sogar gefährlich ist. Der Schutz jüdischen Lebens in unserem Land und der damit verbundene Kampf gegen jedwede Form des Antisemitismus müssen bedingungslos gelten – eigentlich, so möchte man meinen, eine Selbstverständlichkeit. Doch eine wachsende Zahl an Menschen in unserem Land scheint nun doch Bedingungen an ihren Einsatz gegen Antisemitismus knüpfen zu wollen. Meine Betroffenheit hinsichtlich dieser Haltung habe ich bereits vergangene Woche nach meiner Wiederwahl vor den Abgeordneten des Hessischen Landtages zum Ausdruck gebracht. Es entsetzt mich, wenn Dritte über die gegenwärtigen antisemitischen Vorfälle zwar ihr Bedauern ausdrücken, aber dieses im selben Atemzug wieder relativieren, indem sie mit einem Aber auf die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten verweisen.

Ein weiterer Grund, weshalb die Bekenntnisfreude gegen den Antisemitismus nicht so ausgeprägt ist wie für die Demokratie, liegt sicherlich in dem weniger klar zu identifizierenden Gegner. Antisemiten und antisemitische Einstellungen können zwar noch immer besonders stark im Bereich der politisch extremen Rechten verortet werden, aber eben nicht nur dort, sondern leider auch in anderen politischen Richtungen und sozialen Milieus.

Eine besonders schmerzliche Erkenntnis in diesem Kontext lautet: Wären nur jene Antisemiten, die sich selbst auch als solche bezeichnen und einschätzen, hätten wir in unserem Land in dieser Hinsicht ein weit geringeres Problem. Antisemitische Einstellungen sind jedoch leider weiter verbreitet, als es viele wahrhaben wollen. Erlauben Sie mir, diesen Satz anhand einer persönlichen Erfahrung zu verdeutlichen.

Ich war jüngst – ich sehe auch Herrn Dr. Gutmark unter uns – zu einem Besuch bei der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden. Es war für mich ein aufrüttelnder Termin, es war für mich ein sehr emotionaler Termin; denn im Gespräch im Rahmen dieses Termins haben Sie mir berichtet, mit welchen antisemitischen Stereotypen Sie zu kämpfen haben, welche Fragen an Sie als jüdische Gemeinde gerichtet werden, und welches Bild mitunter gestellt wird. Es sind eben nicht die Menschen, von denen man es möglicherweise erwarten würde, sondern es sind auch Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft.

Deswegen kann ich es nur noch einmal wiederholen: Antisemitische Einstellungen sind leider weiter verbreitet, als es viele wahrhaben wollen, und dieser Tatsache müssen wir uns stellen.

Ich bin sehr dankbar, dass mit Dr. Felix Klein der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus unserer Einladung gefolgt ist und dass er heute zu uns sprechen wird.

Sehr geehrter Herr Dr. Klein, Sie bekleiden als Antisemitismusbeauftragter – wie Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Ländern, so auch Herr Staatssekretär Becker, umgangssprachlich genannt werden – ein Amt, dessen Hauptziel im Grunde darin liegt, dass es eines Tages nicht mehr notwendig sein muss. Davon sind wir jedoch derzeit bekanntlich noch weit entfernt.

Ihr politischer Auftrag und Ihre Expertise erscheinen heute so notwendig wie schon lange nicht mehr. Das Erinnern und Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, dem diese Veranstaltung gewidmet ist, bilden eine wichtige Grundlage im Kampf gegen den Antisemitismus. Ich bin daher sehr froh, dass Sie heute das Wort an uns richten werden: Herzlichen Dank dafür!

Es ist mir wichtig, zum Abschluss jedoch auch darauf hinzuweisen, dass das Gedenken anlässlich des 27. Januars nicht aufgrund seiner Relevanz für unsere Gegenwart seine Berechtigung und Notwendigkeit hat. Das gemeinsame Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus ist uns ein ehrliches, tief empfundenes Anliegen. Wir können die Verbrechen, die vor 80 Jahren in deutschem Namen begangen wurden, nicht ungeschehen machen. Aber wir können, ja wir müssen heute dafür Sorge tragen, dass die Opfer nicht vergessen werden.

Ich bin daher besonders dankbar, dass wir auf Initiative und Anregung des Trios von Junge Musik Hessen, das unsere Gedenkstunde musikalisch begleitet, heute den ersten Satz eines Stückes des tschechisch-jüdischen Komponisten Gideon Klein hören werden. Er hat dieses Werk im KZ Theresienstadt komponiert. Klein kam am 27. Januar 1945, dem Tag, an dem das KZ Auschwitz befreit wurde, in einem von dessen Außenlagern, dem KZ Fürstengrube, ums Leben. Seine Musik, die wir heute hören werden, ruft uns beispielhaft das grausame Schicksal eines der Opfer des Nationalsozialismus in Erinnerung, und es zeigt auf wundersame wie schmerzhaft Weise zugleich, zu welcher berührender und großer Kunst Menschen selbst noch in den furchtbarsten Lebensumständen in der Lage sind. Ich danke Junge Musik Hessen und dem Trio sehr herzlich, dass wir dank ihnen Gideon Kleins Komposition heute hören werden.

Abschließend möchte ich auch den Mitorganisatoren und Kooperationspartnern der heutigen Gedenkstunde sehr herzlich danken. Mein besonderer Dank gilt dabei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Häuser, die die Veranstaltung vorbereitet und koordiniert haben und insofern in spezieller Weise auch dazu beitragen, dass diese Veranstaltung heute stattfinden kann.

Herzlichen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

•

Grußwort

Boris Rhein,
Hessischer Ministerpräsident



Ministerpräsident Boris Rhein
bei seinem Grußwort

Boris Rhein,
Hessischer
Ministerpräsident

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Dr. Klein,
sehr geehrter Herr Präsident Dr. Wolf, sehr geehrte Damen
und Herren Kolleginnen und Kollegen des Hessischen Land-
tages, liebe Miteinladende, liebe Partner, meine sehr geehrten
Damen und Herren!

Auschwitz steht wie kein anderer Ort symbolisch für die Entrechtung von Menschen, für die Einteilung in „würdiges“ und „unwürdiges“ Leben, für systematische Verfolgung, Demütigung und Misshandlung, für grenzenlose Brutalität und für millionenfachen Mord.

Deswegen ist es gut, dass wir heute all derer gedenken, die während der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten Opfer geworden sind: Opfer von Ausgrenzung, Opfer von Verfolgung, zum Opfer von Gewalt und eben auch Mordopfer.

Der nationalsozialistische Völkermord – die Präsidentin hat es angesprochen – muss für immer im Gedächtnis unseres Landes bleiben, um zu erinnern. Aber natürlich auch, um aufzurütteln, um zu warnen und zu mahnen. Ich schließe an die Worte, die Frau Präsidentin Wallmann gesagt hat und betone es heute ganz besonders: Es gilt, zu mahnen, zu warnen, aufzurütteln und insbesondere zu erinnern, weil wir natürlich alle spüren, dass dieses wichtige Gedenken in diesem Jahr eine ganz neue Dimension hat. In dieser neuen Dimension wird deutlich, dass sich plötzlich historisch unvergleichlichen Ereignisse unserer Vergangenheit mit verbrecherischen Ereignissen unserer Gegenwart verweben. Wahrscheinlich so stark wie noch nie zuvor.

Eines wird jetzt natürlich überdeutlich: Es reicht nicht länger aus, die Vergangenheit zu kennen und zu verstehen, sondern jetzt ist es notwendig und angesagt, die Gegenwart zu gestalten. Es reicht auch jetzt nicht mehr aus, nur zu reden. Jetzt müssen wir als demokratische Gesellschaft und als demokratische Gemeinschaft handeln. Wir müssen unsere Stimme erheben und ganz klar, deutlich und unmissverständlich für unsere Werte eintreten. Denn jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir zeigen können und zeigen müssen, dass wir aus unserer Geschichte gelernt und verstanden haben. Wir haben verstanden, wie es losging. Wir haben verstanden was dann daraus geworden ist und wie die Dinge sich entwickelt haben.

Der 7. Oktober 2023 war eine furchtbare Zäsur mit traumatischen Auswirkungen für Israel, die gesamte jüdische Gemeinde und für uns alle. Ich habe es in der heutigen Sitzung des Hessischen Landtages gesagt: Die Hamas ist eine Terroristenbande und sie ist auch eine Mörderbande. Israel ist unser Wertepartner und die einzige Demokratie im Nahen Osten. Vor allem aber gilt eines für Israel: Die Sicherheit Israels ist Staatsräson unseres Landes, und zwar leider aus einem ganz furchtbaren Grund. Deswegen bin ich dankbar für das, was Frau Präsidentin Wallmann zuvor gesagt hat: Hier gibt es keinerlei Raum für Relativierungen. Denn hier gibt es einfach nichts zu relativieren: Eine Terrorbande, eine Mörderbande überfällt ein freies, demokratisches Land. Da gibt es nichts zu diskutieren, und da muss auch jeder wissen, auf welcher Seite er steht. Da muss auch jeder wissen, dass ein solcher Übergriff nicht mit mahnenden Worten allein zu bewältigen ist. Insoweit ist es aus meiner Sicht vollkommen klar, wie man sich hier zu positionieren hat.

Das gilt selbstverständlich auch, weil das, was Israel angetan worden ist und das, was Jüdinnen und Juden erleiden, uns alle angeht. Dies ist ein Angriff auf Israel, der aber gleichzeitig eben auch ein Angriff auf unsere Demokratie, auf unsere Werte und auf unsere freie Art zu leben ist. Und ich muss sagen: Ja, mich macht das nicht nur traurig, sondern es macht mich auch sehr wütend. Da auch in unserer Gesellschaft und auf unseren Straßen Dinge passieren, von denen ich nicht gedacht hätte, dass sie passieren können. Ich hätte es für ausgeschlossen gehalten, dass sie Realität werden. Da werden am Tag des Angriffs auf Israel Süßigkeiten auf der Straße verteilt. An dem Tag, als Menschen entführt und Kinder ermordet werden.

Machen wir uns nichts vor: Der Hamas-Terror und die Handlanger der Hamas sind auch in unserem Land angekommen. Meine Damen und Herren, auch das hätte ich für ausgeschlossen gehalten: Molotowcocktails auf ein jüdisches Gemeindezentrum in unserer Hauptstadt, Häuser und Wohnungen, die mit Davidsternen regelrecht markiert werden, Wände, die mit Hakenkreuzen beschmiert werden, antisemitische Hetze auf deutschen Straßen und vor allem im Netz. Es gibt brennende Israel-Fahnen – es wurde schon darüber gesprochen. Aber es gibt auch Eltern – ich sehe Marc Grünbaum, der mir in einem Gespräch darüber berichtete –, die sich nicht mehr trauen, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Fußballspiele werden abgesagt, es gibt Jüdinnen und Juden, die ihren Namen ändern, wenn sie ein Taxi rufen, weil sie Angst haben, dass an dem Namen erkannt wird, dass sie Jüdinnen oder Juden sind. – Meine Damen und Herren, man könnte meinen, das sei ein ganz bedrückender Rückblick in die Vergangenheit, aber nein: Es ist die beschämende Gegenwart, in der wir leben.

Dieser 27. Januar 1945, der Tag, an dem das Konzentrationslager Auschwitz befreit wurde war der Tag, an dem die Deutschen und die Welt das ganze unfassbare Ausmaß des Grauens sehen konnten und welches sich wenige Wochen und Monate später auch in vielen anderen Konzentrationslagern wie Bergen-Belsen, Dachau und Buchenwald aufs Schrecklichste offenbarte. Und es hat genau so begonnen: Mit Schmierereien, oder indem Situationen der Diskriminierung und des Angriffs eingetreten sind, wie ich sie gerade geschildert habe. Aber auch da galt: Die Wenigsten haben hingeschaut und die Wenigsten wollten hinschauen. Insbesondere nach dem Krieg wollten die Wenigsten hinschauen, insbesondere nach der Befreiung wollten die Wenigsten hinschauen. Es gab einen Dreiklang: Vergessen, verdrängen, vertuschen. Das waren die Mechanismen, mit denen die NS-Herrschaft mit all ihren Gräueltaten "verarbeitet" werden sollte. Natürlich hatten die Menschen große Probleme: Hunger, kein Dach über dem Kopf, keine Arbeit Sie waren in einer schrecklichen Situation. Trotzdem war dieser Umgang mit der Vergangenheit der falsche Mechanismus.

All denen, die versucht haben, die Geschehnisse vergessen zu machen, haben Menschen wie Generalstaatsanwalt Fritz Bauer einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es war Fritz Bauer, der die Deutschen vor 60 Jahren endlich zum Hinsehen zwang. Denn auch das gilt: Ohne Fritz Bauer und ohne die Auschwitzprozesse wäre unser Land heute ein vollständig anderes Land. Das ist ein großer Verdienst. Die Dimension des Auschwitzprozesses hat das Selbstverständnis der Bundesrepublik verändert. Nun müssen wir

aufpassen, dass das Erreichte nicht zurückgedreht wird. Wie gesagt, es darf nicht vergessen werden wie es begann: Der wahre Geist und die furchtbaren Absichten der Nationalsozialisten waren bereits lange vor dem 9. November 1938 offen sichtbar. Es ist ja nicht so gewesen, als wären die Dinge im Geheimen oder im Verborgenen abgelaufen. Trotzdem sind auch seinerzeit der große Widerstand und der Aufschrei ausgeblieben. Viel zu wenige haben sich gefragt: Was ist da eigentlich passiert, dass dort gerade die Wohnung leergeräumt worden ist? Was ist da eigentlich passiert, dass mein Sitznachbar, der bis eben noch mein Freund war, aus der Schule abgeholt worden ist?

Meine Damen und Herren, auch das will ich sagen: Wir machen es uns manchmal zu einfach, indem wir einfach die Verantwortung an die Nazis auszulagern versuchen. Denn es waren nicht nur die Nazis. Es waren die Deutschen. Da darf man sich nichts vormachen. Das beschämende Versagen der nichtjüdischen Deutschen, die dem Treiben der Verbrecher tatenlos zusahen, auch dieses schweigende – manchmal aber auch offen gezeigte – Einverständnis für all das, was geschehen ist, zeigt uns sehr deutlich, wohin Gleichgültigkeit führen kann.

Auch hier gilt: Die Parallelen sind unübersehbar; denn auch heute ist natürlich die Gleichgültigkeit die größte Gefahr für unsere Demokratie und für unsere Werte. Deswegen ist es wirklich höchste Zeit, diese Unkultur der

Gleichgültigkeit zu überwinden. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, nichts tun – das ist keine Option, und das darf auch keine Option für niemanden von uns sein. Deswegen will ich noch einmal das wiederholen was ich schon häufig gesagt habe, und ich sage es ganz bewusst: In einem Land, in dem Juden nicht leben können, möchte ich nicht leben, können wir nicht leben und wollen wir auch nicht leben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir dürfen Antisemitismus in unserem Land nicht dulden. Das gilt im Übrigen für alle Spielarten des Antisemitismus, und es

gibt viele davon: Es gibt den neuen Antisemitismus, es gibt auch den zugewanderten Antisemitismus, es gibt den alten Antisemitismus, es gibt aber auch den leisen und den lauten Antisemitismus –keinen davon dürfen wir dulden. Deswegen ist es eine Schande, wie hemmungslos der Hass

**Wir dürfen Antisemitismus
in unserem Land nicht dulden.
Das gilt für alle Spielarten des
Antisemitismus, und es gibt viele
davon: Es gibt den neuen Anti-
semitismus, es gibt auch den
zugewanderten Antisemitismus,
es gibt den alten Antisemitismus,
es gibt aber auch den leisen
und den lauten Antisemitismus –
keinen davon dürfen wir dulden.**

gegen Israel und gegen Jüdinnen und Juden auf unseren Straßen und in den sozialen Netzwerken ausgelebt wird. Ich will es in aller Deutlichkeit sagen: Wir diskutieren vieles – auch sehr Streitig – zwischen den Ländern, dem Bund, zwischen den Parteien. Aber ich bin sehr dankbar dafür, dass sich die demokratischen Parteien in dieser Frage mittlerweile glücklicherweise sehr einig sind, dass wir gegen diese Schande mit aller Härte unseres Rechtsstaates vorgehen werden.

Ich will noch deutlicher werden, denn es ist ein Thema bei dem ich über ein abgeschlossenes Meinungsbild verfüge: Wer Terror gutheißt oder ihn relativiert, und auch, wer das Existenzrecht Israels infrage stellt, kann nicht Teil dieser Gemeinschaft sein, weil diese Gemeinschaft eine besondere Geschichte hat. Das müssen wir denen, die Teil dieser Gemeinschaft werden wollen, erklären: In Deutschland ist das ausgeschlossen. Niemand in diesem Land kann das Existenzrecht Israels infrage stellen, ansonsten muss er sich in der Welt einen anderen Platz suchen – in diesem Land geht das nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Auch dazu hat Fritz Bauer in den 1960er-Jahren eine treffende Formulierung gefunden. Er hat gesagt:

„[...] es gibt einen Eisberg, und wir sehen einen kleinen Teil und den größeren sehen wir nicht.“

Genau so ist es leider, meine sehr geehrten Damen und Herren; denn zur ganzen Wahrheit gehört natürlich auch, dass antisemitische Einstellungen, antisemitische Klischees und Überzeugungen, wie Frau Präsidentin Wallmann sie eben geschildert hat, viele Gesichter haben, und sie überall sind. Wir dürfen uns auch da nichts vormachen. Und ja, sie kommen auch aus der Mitte unserer Gesellschaft. Jeder von uns kennt das, wie manchmal gesprochen wird oder welche Bemerkungen und Anspielungen gemacht werden, und sie kommen in der Regel auch aus der Mitte der Gesellschaft.

Deswegen gibt es nur eine richtige und wichtige Botschaft. Diese Botschaft ist auch nicht abgenutzt, ich diskutiere oft über sie: „Nie wieder“ lautet diese richtige und wichtige Botschaft, und sie ist deswegen richtig und wichtig, weil sie mit unserem demokratischen Land verbunden ist. Deswegen gilt es umso mehr, dieses Versprechen – denn es ist ein Versprechen – einzulösen. Der 7. Oktober 2023 hat uns eines brutal und radikal vor Augen geführt: Dieses „Nie wieder“ ist jetzt.

Es gibt den ersten Satz unseres Grundgesetzes, und er ist ein so unglaublich zentraler Satz, weil er eigentlich alles aussagt, was auszusagen ist: Die Würde

Es gibt den ersten Satz
unseres Grundgesetzes, und
er ist ein so unglaublich
zentraler Satz, weil er eigentlich
alles aussagt, was aus-
zusagen ist: Die Würde des
Menschen ist unantastbar. –
Dieser Satz ist eine Lehre,
Verpflichtung und zugleich
Mahnung aus dem schreck-
lichsten Kapitel unserer
deutschen Geschichte.

des Menschen ist unantastbar. – Dieser Satz ist eine Lehre, Verpflichtung und zugleich Mahnung aus dem schrecklichsten Kapitel unserer deutschen Geschichte. Jetzt und in Zukunft ist es wichtiger denn je, für diesen Satz und insbesondere für seine bedingungslose Gültigkeit einzustehen und aufzustehen. Das ist und bleibt unsere gemeinsame Aufgabe als Bürgerinnen und Bürger unseres demokratischen Landes.

Insoweit will ich Sie alle herzlich im Hessischen Landtag willkommen heißen. Ich bedanke mich bei der Präsidentin sehr dafür, dass wir heute hier sein können. Ich bedanke mich sehr bei unseren Partnern und Miteinladenden; denn es ist eine sehr gute Tradition. Frau Selbert und ich sprachen gerade darüber, dass wir diese Tradition dringend beibehalten müssen. Sie ist in Zeiten wie diesen nötiger denn je. Auch freue ich mich, dass Sie heute zu uns gekommen sind, Herr Dr. Klein, in Ihr – wenn ich das so sagen darf – Heimatland; denn Sie stammen aus Darmstadt, Sie sind dort zur Schule gegangen, Sie sind einer von uns. Deswegen sind wir natürlich auch stolz, dass Sie dieses besondere Amt auf Bundesebene ausfüllen. Insoweit ist es schön, dass Sie heute bei uns sind, wenngleich aus einem sehr traurigen Anlass: Auch ich heiße Sie sehr herzlich willkommen und freue mich sehr, dass Sie da sind. Ich wünsche uns heute ein würdiges Gedenken. Die Voraussetzungen dafür sind gelegt.

Herzlichen Dank und
herzlich willkommen!



„Wären nur jene Antisemiten,
die sich selbst auch als
solche bezeichnen und ein-
schätzen, hätten wir in
unserem Land in dieser
Hinsicht ein weit geringeres
Problem. Antisemitische
Einstellungen sind jedoch
leider weiter verbreitet,
als es viele wahrhaben wollen.“

Astrid Wallmann,
Präsidentin des
Hessischen Landtages

Gedenkrede

Dr. Felix Klein,
Beauftragter der Bundes-
regierung für jüdisches Leben
in Deutschland und den
Kampf gegen Antisemitismus



Der Bundesbeauftragte Dr. Felix Klein bei seiner Gedenkrede

Dr. Felix Klein,
Beauftragter der Bundes-
regierung für jüdisches
Leben in Deutsch-
land und den Kampf
gegen Antisemitismus

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister-
präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abge-
ordnete des Hessischen Landtages, meine sehr verehrten
Damen und Herren!

Es ist mir eine außerordentliche Ehre, hier im Hessischen
Landtag sprechen zu dürfen. Schon als junger Schüler der
Darmstädter Georg-Büchner-Schule lernte ich in den

1980er-Jahren bei einem Besuch das hessische Parlament als das Herz
unserer demokratischen Gesellschaft kennen. Es steht für den Austausch
von Ideen, den Diskurs, den Dialog und die Suche nach Lösungen für die
Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen. Damals hätte ich mir
nicht träumen lassen, heute hier an dieser Stelle reden zu dürfen und
meine Gedanken teilen zu können.

Meine Damen und Herren, seit der Proklamation des 27. Januars zum
Gedenktag durch Bundespräsident Roman Herzog halten wir jedes Jahr
inne, um an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern und um uns
vor ihnen zu verneigen. Wir gedenken aller Menschen, die entrechtet,
verfolgt, beraubt, vertrieben und ermordet wurden; denen barbarische Un-
gerechtigkeit und unvorstellbares Leid widerfahren ist.

Wir erinnern an die Jüdinnen und Juden, die in den Jahren ab 1933 erst
aus ihren Berufen, ihren Wohnungen, dem öffentlichen Leben gedrängt
und schließlich in Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Sobibor und anderen
Vernichtungslagern ermordet, in der Schlucht von Babyn Jar und anderen
Orten von Einsatzgruppen und Wehrmacht erschossen wurden. Wir er-
innern an die Sinti und Roma, die als „arbeitscheu“ und „asozial“ diffa-
miert, zwangssterilisiert und ab 1943 systematisch ermordet wurden.

Wir erinnern an die Homosexuellen, die von der NS-Unrechtsjustiz auf-
grund ihrer sexuellen Orientierung geschmäht, verurteilt, interniert und
ermordet wurden; an die Kranken und Menschen mit Behinderungen,
an denen im Rahmen der „Aktion T4“ im Namen der „Rassenhygiene“
systematischer Massenmord begangen wurde, an die Menschen in den
besetzten Gebieten, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, die als
Arbeitsklaven ausgebeutet und in den Hungertod getrieben wurden, die
als „Untermenschen“ misshandelt, missbraucht und ermordet wurden und
unter dem blanken Terror der deutschen Besatzer litten.

Wir erinnern an die Kriegsgefangenen, denen die Erfüllung grundlegender
menschlicher Bedürfnisse verwehrt wurde, die nach rassistischen Kriterien
in Kategorien eingeteilt wurden und damit vielfach keine Überlebenschance
hatten, an Minderheiten, die, wie die Zeugen Jehovas, aus religiösen und
weltanschaulichen Gründen den Wehrdienst verweigerten und damit
Lagerhaft riskierten, an die politischen Gegner der Nationalsozialisten, die
schon kurz nach dem 30. Januar 1933 in den ersten Konzentrationslagern
interniert wurden, die zu Suizid und Exil genötigt wurden.

Wir erinnern an alle Opfer des Nationalsozialismus und verneigen uns
vor ihnen. Wir trauern um gewaltsam abgebrochene Leben und den
unermesslichen Verlust, den jeder tote Mensch bedeutet.

Was die Opfer eint, ist, dass sie Menschen waren, deren Rechte und Würde
wissentlich und willentlich missachtet wurden; denen das Menschsein

abgesprochen wurde, im Namen einer mörderischen Ideologie, die Volk, Rasse und Führerkult über Humanität, Menschenwürde und Freiheit stellte. Meine Damen und Herren, Erinnern schmerzt. Wir können das Leid der Opfer, die die Hölle auf Erden erlitten, niemals nachvollziehen, und doch kommt die menschliche Vorstellungskraft schon bei dem Versuch, den Schmerz zu begreifen, an die Grenzen des Ertragbaren. Zugleich macht uns das Erinnern auch bewusst, wozu der Mensch fähig ist, welches Leid er zu erzeugen imstande ist. Die Zeitzeugen, die Überlebenden der Konzentrationslager, die das Böse am eigenen Leib erfahren haben, werden weniger. Ich möchte ihnen allen heute Abend von hier aus versichern: Unsere Gedanken sind auch an diesem besonderen Tag bei Ihnen.

Wir schulden es den Opfern, dass wir die Erinnerung lebendig halten. – Frau Präsidentin, Sie haben das eben schon ausgeführt. Wir schulden es ihnen, dass wir sie auch in ihren eigenen Zeugnissen zu Wort kommen lassen. Die gebürtige Frankfurterin Anne Frank schrieb 1944 Folgendes in ihr Tagebuch:

„Ich will den Menschen, die um mich herum leben und mich doch nicht kennen, Freude und Nutzen bringen. Ich will fortleben, auch nach meinem Tod.“

Die Hoffnung eines jungen Mädchens, dessen „Verbrechen“ es war, jüdisch zu sein, bewegt und berührt uns auch heute noch durch die auf Papier gebrachte Reinheit ihres Herzens. Und doch kann es mir nicht recht gelingen, die „Freude“, von der Anne Frank sprach, zu empfinden – mit welchem Recht könnte ich dies tun, nachdem Deutsche das Band der Zivilisation willentlich und begeistert zerrissen haben? Nachdem Deutsche ein fünfzehnjähriges Mädchen in einen Viehwaggon pferchten und es erst nach Auschwitz und dann nach Bergen-Belsen verschleppten. Als Anne Franks Herz das letzte Mal schlug, war sie umgeben von Krankheit und Tod, wenige Wochen vor der Befreiung des Konzentrationslagers. Angesichts der unermesslichen Schuld müsste ich es auch als Anmaßung empfinden, einen „Nutzen“, von dem Anne Frank sprach, aus dem unmenschlichen Verbrechen, das einem unschuldigen Menschen widerfuhr, zu ziehen.

Erinnern bedeutet für mich daher auch sprachlos innezuhalten. Anne Frank wäre heute 94 Jahre alt. Sie könnte hier stehen. Sie könnte noch

Anne Frank wäre heute
94 Jahre alt. Sie könnte hier
stehen. Sie könnte noch
leben. Und doch: Wir
erinnern und verneigen uns
vor den Opfern des
Nationalsozialismus auch
um unserer selbst willen;
denn eine Erinnerung ohne
die Verpflichtung, im
Hier und Jetzt zu handeln,
bleibt unvollkommen.

leben. Und doch: Wir erinnern und verneigen uns vor den Opfern des Nationalsozialismus auch um unserer selbst willen; denn eine Erinnerung ohne die Verpflichtung, im Hier und Jetzt zu handeln, bleibt unvollkommen. – Sie, Herr Ministerpräsident, haben das eben gesagt.

Wir erinnern und verneigen uns vor den Opfern des Nationalsozialismus, indem wir das Versprechen abgeben, dass „Nie wieder“ kein Lippenbekenntnis, sondern die Basis unserer Gesellschaft, unseres Staates und seiner Institutionen ist und immer sein wird.

Geschichte währt fort, sie prägt die Nachkommen der Opfer wie auch der Täter. Wer nach 1945 in Deutschland zur Welt kam, war umgeben von Tätern, Mitwissern und Mitläufern, die nicht selten die Verbrechen verdrängten, leugneten, relativierten, vertuschten und zu ihnen schwiegen, so, wie es eben schon gesagt wurde.

Als im Jahre 1963 die Auschwitzprozesse vor dem Schwurgericht in Frankfurt am Main begannen, endete das öffentliche Schweigen über den Holocaust; zumindest in Teilen der Gesellschaft. Generalstaatsanwalt Fritz Bauer brachte dies mit dem berühmt gewordenen Satz zum Ausdruck:

„Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich feindliches Ausland.“

Die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus, die eine Voraussetzung für die Achtung der Opfer ist, musste hart erkämpft werden. Es ist bezeichnend, dass damals Polizisten, die vor dem Schwurgericht eingesetzt waren, vor den angeklagten ehemaligen Wachmannschaften der SS salutierten. Auch nach 1963 wurde jeder Prozess gegen die Vollstrecker, Buchhalter und Hilfswilligen des Holocausts von Schlusstrichdebatten begleitet, von Sympathiebekundungen für alte Männer, die sich an nichts mehr erinnern konnten oder wollten, denen die Gnade gewährt werden sollte, die sie ihren Opfern stets versagten.

Die offizielle Erinnerungskultur stand übrigens in beiden deutschen Staaten in einem Anspruchs- und Spannungsverhältnis zu den Erinnerungen und Emotionen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die DDR erklärte sich kurzerhand zum antifaschistischen Staat. Sie erstickte damit jede ehrliche Auseinandersetzung über die Zeit vor 1945. Erinnerung war lediglich im Sinne eines „heroischen Widerstandes“ denkbar. Anders gesagt: In der DDR gab es keine Täter, sondern nur siegreiche Opfer. Somit gab es kaum Orte und Anlässe, um an diejenigen Opfer zu erinnern, die nicht in die staatlich verordnete Schablone passten.

Und in der demokratischen Bundesrepublik war die Erinnerung im politischen Raum stets von Ambivalenz geprägt. Dies wurde auch durch die politische Spitze des Landes, durch seine Bundeskanzler, symbolisiert: Kurt Georg Kiesinger war Mitglied der NSDAP – auch, wenn er den Judenhass wohl nicht teilte. Willy Brandt hingegen war ein Exilant. Der ehemalige Wehrmachtsoffizier Helmut Schmidt verschwieg seinen jüdischen Großvater. Das Schweigen, das Wegschauen, das Nichterinnern wurde jedoch immer wieder von Unten durchstoßen – für viele zu spät.

Der Umgang mit der historischen Schuld sagt viel über den Zustand unseres Staates aus. Der Umgang mit der historischen Schuld ist ein fortwährender Prozess. Ob die Stimmen der Opfer in den Debatten über den Wandel der Erinnerungskultur zu hören sind, ist eine weitere zentrale

Frage, auch angesichts des Alters der wenigen verbleibenden Zeitzeugen. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurden neue Leerstellen der deutschen Erinnerungskultur sichtbar. Die Nachrichten der vergangenen zwei Jahre strahlten unter anderem Bilder von der Bombardierung des über der Schlucht von Babyn Jar in sowjetischer Zeit gebauten Fernsehturms aus. Wir sahen Aufnahmen von zerstörten ukrainischen Städten, durch die vor 80 Jahren Wehrmachtssoldaten marschierten; Namen und Orte, die in Deutschland das letzte Mal in den Jahren 1941 und 1942 eine mediale Resonanz besaßen und dann wieder verschwanden. Denn die Ukraine war, wie auch die baltischen Staaten und Belarus, in der Erinnerung an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion hier kaum präsent. Zu oft wurde die Sowjetunion mit Russland gleichgesetzt.

Mit der Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ab 1991 hielt auch ein anderes Verständnis des Kriegsendes Einzug in die deutsche Gesellschaft. Erst am 8. Mai 1985 hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Datum der deutschen Kapitulation als „Tag der Befreiung“ bezeichnet. Er prägte damit den Diskurs und das Verhältnis zum Ende des Krieges bis heute. Nun kamen jedoch auch Veteranen der Roten Armee nach Deutschland – darunter viele Jüdinnen und Juden –, die an den 9. Mai als „Tag des Sieges“ erinnerten.

Sieg und Befreiung – lassen sich diese beiden unterschiedlichen Sichtweisen miteinander vereinbaren? Wie können unterschiedliche Erinnerungen und Emotionen in einer demokratischen Erinnerungskultur fruchtbar gemacht werden?

Vergessen werden darf auch nicht, dass mit dem Sieg über Nazideutschland für viele Menschen nicht die Befreiung verbunden war, die den Menschen in Westdeutschland zuteilwurde. In Mittel- und Osteuropa und in Ostdeutschland folgten auf die nationalsozialistische Tyrannei Jahrzehnte der kommunistischen Diktatur.

Navid Kermani hat in seinem berühmten Essay „Die Zukunft der Erinnerung“ von einem „topografischen Bewusstsein“ gesprochen. Die Westbindung der jungen Bundesrepublik verengte, so politisch zukunftsweisend sie auch war, den Blick auf die Tatorte der Shoah. Kermani schreibt:

„Der eigentliche Völkermord an den Juden fand dort statt, wo man nicht hinblickte, wenn man im Westen Deutschlands geboren und aufgewachsen war: im Osten, [...], in Sobibor und Treblinka, in Auschwitz-Birkenau, Majdanek und Chelmno, in Maly Trostenez, Bronnaja Gora, Babi Jar und an vielen anderen Orten. Gewiss lernt man als junger Deutscher die Zahlen. Aber es ist noch einmal etwas anderes, wenn man auf Schritt und Tritt den Geistern der Ermordeten begegnet.

Würde man in Wilna Stolpersteine in den Asphalt einlassen oder in Minsk, Lemberg, Odessa, Brest, Riga, dann wären nicht einzelne Flecken, sondern halbe Städte aus Gold – golden wie das himmlische Jerusalem.“

Die Verbrechen der Nationalsozialisten liegen für viele also nicht nur geschichtlich, sondern auch geografisch fern. Wie nah diese ferne Geschichte jedoch ist, wurde am 24. Februar 2022 offenbar. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht nur militärisch, sondern auch durch Fernsehansprachen und schriftlichen

Verlautbarungen des russischen Präsidenten vorbereitet worden. Der Propaganda-Apparat des Kremls missbraucht nicht nur die antifaschistische Erzählung der Sowjetunion, sondern verhöhnt auch die Opfer des Nationalsozialismus, indem die Ukraine als „Nazistaat“ diffamiert wird. Geschichte ist damit zu einer Waffe in einem imperialistischen Eroberungskrieg geworden.

Eine solche Geschichte aber ist ohne Erinnerung; denn die ehrliche Beschäftigung mit dem 20. Jahrhundert stünde den Protagonisten und Wegbereitern von Krieg und Hass im Weg. Nur durch Geschichtsumdeutungen, Relativierungen und die Verschiebungen von Grenzen des Sagbaren können sie Politik und Gesellschaft herausfordern; auch in Deutschland. Die Forderung nach einer „erinnerungspolitische(n) Wende um 180 Grad“ und die Rede vom „Fliegenschiss der Geschichte“ bilden dabei die Spitzen einer Rhetorik, die die offene Gesellschaft als ihren eigentlichen Feind nur nicht beim Namen nennt.

Sowohl Putin als auch die Rechtsextremisten in Deutschland wissen um die Macht von Sprache, Geschichte und Erinnerung. Auch wissen sie, was Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier meinte, als er sagte:

„Demokratie ist kein Zustand, sondern ein ständiger Prozess.“

Ihnen geht es um eine Störung und Umkehrung dieses Prozesses. Daher müssen Demokraten diesen Prozess aktiv und mit vollem Einsatz mitgestalten, damit die Feinde der offenen Gesellschaft niemals die Oberhand gewinnen.

Die Erinnerung selbst ist ein integraler Bestandteil und eine Errungenschaft unserer Demokratie. Eine aufrichtige und einführende Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit muss jedoch immer auch die Stimmen unserer europäischen Nachbarn einbeziehen.

beziehen. Der Terror ging von Deutschland aus, seine Opfer aber waren in ganz Europa zu finden. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ist ein Zeichen von Stärke und Verantwortung einer Gesellschaft. Wir können unsere Zukunft nur dann gestalten, wenn wir sie als Ergebnis der Vergangenheit verstehen und diese oft schmerzhafteste Vergangenheit klaren Blickes ansehen und aktiv im Gedächtnis der Gesellschaft halten.

Frau Präsidentin, wie Sie bin auch ich sehr froh über die Demonstrationen, die im Moment stattfinden – das ist ein gutes Zeichen, wenn ich mir auch mehr Empathie nach dem Angriff am 7. Oktober auf Israel gewünscht hätte.

Die Erinnerung selbst ist ein integraler Bestandteil und eine Errungenschaft unserer Demokratie. Eine aufrichtige und einführende Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit muss jedoch immer auch die Stimmen unserer europäischen Nachbarn ein-

Besonders seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir in Deutschland jedoch eine Dimension des Antisemitismus, die die meisten von uns in seiner Aggressivität und Geschichtsvergessenheit nicht mehr für möglich gehalten haben – nicht 79 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz.

Am 7. Oktober wurden an einem einzigen Tag so viele Jüdinnen und Juden ermordet wie seit dem Ende der Shoah nicht mehr. Die bestialische Grausamkeit, mit der die Mörderbanden der Hamas vorgingen, verstört und entsetzt. Die Bilder, die palästinensische Terroristen mit ihren Body Cams aufzeichneten, sind unerträglich. Hunderte Männer, Frauen und Kinder mussten erleben, was kaum vorstellbar ist. Auch heute sind nicht alle Geiseln befreit: Wir dürfen auch an diesem Tag nicht aufhören, an ihr Schicksal zu erinnern.

Herr Ministerpräsident, Sie haben es erwähnt: Dieser entsetzliche Terror wurde auch auf unseren Straßen am helllichten Tag öffentlich gefeiert. Die Unterstützer des Terrors verteilten Süßigkeiten auf der Straße. Mahnmale für die Opfer des Holocausts wurden beschmiert. Meine Damen und Herren, was haben die Opfer der Kindertransporte mit Gaza zu tun? Stört der Gedanke, dass jüdische Kinder ermordet wurden, den eigenen Hass so sehr?

Wenige Tage nach dem 7. Oktober skandierten Demonstranten vor dem Auswärtigen Amt in Berlin: „Free Palestine from German guilt!“. Es ist, als habe sich der Ungeist der Mitwisser, Mitläufer und Mittäter von einst als Wiedergänger mit einer neuen Generation vereint, die die Schuldabwehrkomplexe ihrer Eltern und Großeltern übernommen haben.

Zugleich werden jüdische Studierende unter Gebrüll aus den Hörsälen herausgemobbt – nicht selten unter Applaus, fast immer jedoch ohne den geringsten Widerspruch der Anwesenden. Ist dies das Land, in dem wir leben wollen? Wie viel Platz für Antisemitismus gibt es in Deutschland? Wer die viel zitierte Frage beantworten möchte, was er oder sie getan hätte, als die Schaufenster jüdischer Läden eingeschlagen und beschmiert wurden, kann dies jetzt tun.

Die offene und ungenierte Zurschaustellung des Judenhasses muss uns als Gesellschaft nicht nur wachrütteln, weil sie in der gesellschaftlichen Mitte angekommen zu sein scheint, sondern auch, weil sie sich für moralisch überlegen hält. Nur mit anderen Worthülsen lautet die Botschaft: Die Juden seien schuld. Die Juden seien Mörder, Israel sei Mörder, die Juden seien unsere Feinde.

Die offene und ungenierte
Zurschaustellung des
Judenhasses muss uns als
Gesellschaft nicht nur
wachrütteln, weil sie in der
gesellschaftlichen Mitte
angekommen zu sein
scheint, sondern auch,
weil sie sich für moralisch
überlegen hält.

Es ist nicht einfach falsch verstandener Postkolonialismus, der zu dieser moralischen Überhöhung des eigenen Hasses führt. Es ist kein Ausrutscher, kein Versehen, keine Dummheit, die es nicht besser weiß. Es handelt sich vielmehr um den möglichen Endpunkt einer Theorie, deren Bezugs- und Anknüpfungspunkte in der außereuropäischen kolonialen Erfahrung liegen. Die postkoloniale Theorie führt dadurch natürlich nicht zwangsläufig zur Relativierung des Holocausts. Aber dass sie es kann, ist eben kein Ausrutscher, keine Anomalie, sondern eine Regelmäßigkeit.

Dies muss nicht so sein. In einem langen und schwierigen Prozess haben zum Beispiel die Kirchen in Deutschland gezeigt, wie man sich den Regelmäßigkeiten des Hasses und der Ausgrenzung entgegenstellen kann. Die Kirchen haben sich mit den theologischen Wurzeln des christlichen Antijudaismus intensiv auseinandergesetzt. Der Juden Hass eines Martin Luthers wird nicht geleugnet, sondern als Teil der eigenen Geschichte, als Teil der eigenen theologischen Tradition zunächst begriffen, sodann kritisiert und ihm entgegnet.

In Politik und Gesellschaft darf die billige Lösung, die darin besteht, das Nicht-Passende als Unfall auszusortieren, keine Schule machen. Nur, wenn wir uns mit den historischen und ideologischen Wurzeln des Hasses auseinandersetzen und ihn als Teil unserer Geschichte, unserer Ideen und unserer Gedanken begreifen, können wir ihm kraftvoll und konsequent entgegentreten.

Auch der Antisemitismus der progressiven Milieus, an den Universitäten, den Kultureinrichtungen und bei der Documenta 15 kann sich auf historische Vorläufer berufen, die von einer langen Tradition der Romantisierung vermeintlicher „Freiheits-“ und „Widerstandskämpfer“ in bundesrepublikanischen Diskursen Zeugnis ablegen. Dass dieser Weg die Terrorgruppe „Revolutionäre Zellen“ gemeinsam mit palästinensischen Terroristen im Jahre 1976 zur Selektion von jüdischen Passagieren nach Entebbe führte, war ebenso wenig ein Ausrutscher oder ein Versehen wie der Jubel auf deutschen Straßen nach dem barbarischen Terror des 7. Oktobers. Der Hass ist real. Auch der Hass der Nationalsozialisten war real. Wir wissen wozu er führte. Der Hass ist nicht entschuldbar.

Diese Entwicklungen halte ich für so gravierend, dass sie geeignet sind, die Grundfesten unseres freiheitlichen demokratischen Miteinanders aus den Fugen zu heben. Es sind nicht mehr die Anfänge, derer sich die Gesellschaft erwehren muss.

Der israelbezogene Antisemitismus ist der kleinste gemeinsame Nenner extremistischer Gruppen aller Couleur. Zwischen Neonazis und Rechts-extremisten, den Pandemieleugnern und Verschwörungsideologen, den linksextremen Aktivisten und BDS-Unterstützern und Islamisten gibt es gravierende Unterschiede – gemeinsam ist ihnen jedoch der Hass auf Israel. Meine Damen und Herren, wir sind deswegen verpflichtet, uns allen Formen des Antisemitismus entgegenzustellen.

Es gibt keine Hierarchien des Hasses, keine Hierarchien der Opfer. Die Würde des Menschen ist unantastbar, so steht es in unserem Grundgesetz. Die Würde des Menschen kennt keine Abstufungen.

Ich spreche heute als Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus zu Ihnen. Mein Amt wurde auch geschaffen, um jüdisches Leben in Deutschland sichtbarer zu machen.

Aber ist ein normales jüdisches Leben in Deutschland möglich? Gibt es wieder so etwas wie ein „deutsches Judentum“? Beide Fragen knüpfen an eine lange Tradition an und stehen doch nach Auschwitz allenfalls in einer gebrochenen Kontinuität. In Deutschland bezeugten Persönlichkeiten wie Abraham Geiger, Zacharias Fraenkel und später Leo Baeck, wie aktiv das religiöse und intellektuelle jüdische Leben vor der Shoah war. Jüdische Wissenschaftler und Künstler, Schriftsteller und Unternehmer leisteten herausragende Beiträge auf ihren Gebieten. Gleichzeitig erwuchs mit der Emanzipation der Juden in Deutschland und Europa das gesellschaftliche Gift des Antisemitismus.

Nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Theresienstadt wurde Leo Baeck mit folgenden Worten zitiert:

„Unser Glaube war es, dass deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Vermählung zum Segen werden könnten. Dies war eine Illusion – die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei.“

Wer hätte es gewagt, ihm damals angesichts der beispiellosen Verbrechen und im Angesicht der Opfer des Nationalsozialismus zu widersprechen? Dass 82 Jahre nach der Wannseekonferenz und 79 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz überhaupt wieder über jüdisches Leben, geschweige denn einer Normalität in Deutschland gesprochen werden kann, ist keine Selbstverständlichkeit.

Wenn Politikerinnen und Politiker in Deutschland über jüdisches Leben in Deutschland sprechen, fallen häufig Ausdrücke wie „Wunder“ und „Geschenk“ – ich will dies hier nicht wiederholen; denn Wunder und Geschenke verkennen die Entscheidungen, Gefühle und Anstrengungen der handelnden Menschen. Mehr noch: Sie spiegeln, auch wenn die Worte mit guter Absicht gewählt wurden, meist nur eine Sicht der Mehrheitsgesellschaft.

Die Biografien und das Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland sind komplexer. Dass diese Erkenntnis sich mittlerweile in der Gesellschaft durchsetzt, ist auch ein Verdienst von jüdischen Stimmen, die ihre Meinungen und Ideen in die Frage „Was für ein Land wollen wir sein?“ einbringen.

Eine solche aktive Rolle wird demnächst die Jüdische Akademie in Frankfurt am Main übernehmen. Die Jüdische Akademie will den intellektuellen Diskurs über das Judentum in die Öffentlichkeit tragen und Lehrkräfte, Vollzugsbeamte sowie verschiedene Berufsgruppen an gesellschaftlichen Schnittstellen informieren. In ihrer Schwerpunktarbeit will die Akademie dazu beitragen, jüdische Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, Wissen über die jüdische Gemeinschaft und Religion zu vermitteln sowie jüdisches Leben und Wirken in unsere Gesellschaft hinein sichtbar zu machen, so, wie es katholische und evangelische Akademien in ihren Bereichen seit Jahrzehnten zum Wohle unserer Gesellschaft tun.

Ich bin fest davon überzeugt, dass der Bau der Jüdischen Akademie ein wichtiger Beitrag zur weiteren Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland ist. Er ist Ausdruck der Entschlossenheit, jüdische Stimmen und Perspektiven in unseren Debatten und Diskursen zu fördern und zugleich den Austausch mit der nichtjüdischen Bevölkerung zu intensivieren. Ich bin dem Land Hessen sehr dankbar, dass es auch aus seinen Mitteln den Bau der Jüdischen Akademie in Frankfurt großzügig unterstützt. Das ist gut investiertes Geld, Herr Ministerpräsident.

Jüdisches Leben in Deutschland muss sicher und sichtbar sein. Sicherheit ist die Voraussetzung für Sichtbarkeit, Sichtbarkeit aber ist die Voraussetzung für die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland. Wir müssen daher alles tun, um dem Hass die Grundlage zu entziehen. Wer sich in der Öffentlichkeit vor Bedrohungen und tätlichen Angriffen schützen muss – wie es nicht nur Juden, sondern auch Sinti und Roma und andere Bevölkerungsgruppen trifft –, kann nicht frei und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Diskurs teilhaben. Antisemitismus darf daher nicht mehr nur als Gefahr für Juden wahrgenommen werden, sondern als Bedrohung für unsere Demokratie als Ganzes, für unser Miteinander.

Es ist kein Zufall, dass die Demokratieverachtung und Feindseligkeit gegenüber dem Staat, die sich auf unseren Straßen und in den sozialen Medien manifestieren, oft mit antisemitischen Ressentiments einhergehen. Antisemitismus ist ein Angriff auf unsere gemeinsamen Werte, auf Freiheit, Toleranz und Gleichheit, und damit ein Angriff auf uns alle.

Meine Damen und Herren, bei aller Dankbarkeit darüber, heute die Frage stellen zu können, ob normales jüdisches Leben in Deutschland wieder möglich ist, muss uns allen bewusst sein, dass eine Frage stellen zu können noch lange nicht bedeutet, diese auch bejahen zu können. Normalität kann außerdem niemals bedeuten – Frau Präsidentin, Sie haben es vorhin gesagt –, das Menschheitsverbrechen der Shoah zu vergessen. Ich betone noch einmal: Wir können nur eine Zukunft gestalten, wenn wir unsere Vergangenheit kennen. Wir können unsere Gesellschaft, wie sie heute ist, nur verstehen, wenn wir uns an unsere Geschichte erinnern.

Normalität kann auch dort nicht entstehen, wo jüdisches Leben funktionalisiert wird. Ich warne daher davor, im Rahmen einer ritualisierten Erinnerungskultur Juden zu instrumentalisieren, um die Erfolge der eigenen Versöhnungsarbeit und Geschichtsaufarbeitung in den Vordergrund zu stellen. Wer jüdisches Leben schützen und fördern will, muss die heute lebenden Jüdinnen und Juden in den Blick nehmen; muss den Antisemitismus von heute bekämpfen, nicht den Antisemitismus der Vergangenheit.

Eingedenk dieser Verantwortung dürfen wir Angriffe auf die Würde des Menschen niemals mehr zulassen. Egal wo, wie und von wem: Antisemitismus und Menschenhass dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Solange sich Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht sicher fühlen, bleibt unsere Demokratie unvollkommen, bleibt die Verantwortung aus der deutschen Geschichte unerfüllt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



„Das gemeinsame Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus ist uns ein ehrliches, tief empfundenes Anliegen. Wir können die Verbrechen, die vor 80 Jahren in deutschem Namen begangen wurden, nicht ungeschehen machen. Aber wir können, ja wir müssen heute dafür Sorge tragen, dass die Opfer nicht vergessen werden.“

Astrid Wallmann,
Präsidentin des
Hessischen Landtages

Schlusswort

Astrid Wallmann,
Präsidentin des
Hessischen Landtages

Sehr geehrter Herr Dr. Klein, es ist für uns und für mich eine große Ehre, dass Sie heute zurück in Ihre Heimat nach Hessen gekommen sind, vor allem aber auch, dass Sie die Ansprache bei der heutigen Gedenkstunde gehalten haben. Ich danke Ihnen im Namen aller für Ihre mahnenden, nachdenklich stimmenden und auch aufrüttelnden Worte.

Auch möchte ich Ihnen – das gilt natürlich ebenso für die Kolleginnen und Kollegen der Länder – für Ihr wichtiges Wirken im Kampf gegen den Antisemitismus danken: Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, und sie ist wichtiger denn je. Ich möchte mich beim Ministerpräsidenten für seine klaren Worte bedanken. Auch bedanke ich mich beim Streichtrio der Jungen Musik Hessen: Sie wissen, dass mich Ihre Musik heute sehr bewegt hat – dafür noch einmal ganz herzlichen Dank.

Ich erlaube mir auch, kurz die Namen der drei jungen Damen – ich glaube, das darf man so sagen – zu nennen, die uns heute hier eine ganz wunderbare musikalische Umrahmung dieser Gedenkstunde geboten haben: Frau Lena Gomez, Frau Leonie Welt und Frau Judith Sauer – noch einmal ganz herzlichen Dank.

Es ist mir ganz wichtig, Ihnen allen dafür zu danken, dass Sie heute zu dieser Gedenkstunde gekommen sind. Das ist ein ganz wichtiges Signal, und in diesen sehr bewegten politischen Zeiten ist es wichtiger denn je, dass wir gedenken und dass wir zusammenstehen. Deswegen vielen Dank für Ihr Kommen, und ich bitte Sie nun noch zu einem Empfang. – Danke schön.



Ministerpräsident Rhein, Bundesbeauftragter
Dr. Klein und Landtagspräsidentin Wallmann
nach dem Ende der Gedenkstunde



Dr. Felix Klein

Beauftragter der Bundes-
regierung für jüdisches Leben
in Deutschland und den
Kampf gegen Antisemitismus

Dr. Felix Klein



Lebenslauf

Dr. Felix Klein, geboren 1968 in Darmstadt, ist seit Mai 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.

Nach seiner Schulzeit in Darmstadt besuchte er das United World College in Duino bei Triest, wo er 1987 das internationale Abitur "International Baccalaureate" erwarb. Er studierte Rechtswissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und an der Freien Universität Berlin. Im Anschluss daran absolvierte er ein Masterstudium an der London School of Economics, das er mit einem Master of Public International Law (LL.M.) abschloss. Von 1994 bis 1996 absolvierte er die Ausbildung für den höheren Auswärtigen Dienst an der damaligen Aus- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amtes ("Diplomatenschule") in Bonn. 2001 promovierte er an der Universität St. Gallen mit einem familienrechtlichen Thema. Er begann seine diplomatische Karriere als Länderreferent für Südamerika, war auf Auslandsstationen in Jaunde/Kamerun und Mailand/Italien sowie von 2007 bis 2018 in mehreren Funktionen in der Berliner Zentrale des Auswärtigen Amtes tätig, zuletzt als Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen.

Privat interessiert sich Dr. Felix Klein sehr für klassische Musik. Seit seiner Kindheit ist er als Geiger aktiv und spielte in zahlreichen Kammermusikensembles und Orchestern mit, unter anderem im Akademischen Orchester Freiburg sowie dem RIAS-Jugendorchester. Derzeit ist er Mitglied des "Diplomatischen Streichquartetts Berlin", das sich vor allem den Werken jüdischer Komponisten widmet. In seiner Freizeit besucht er oft Konzerte und Theateraufführungen. Er unternimmt gerne Wanderungen und Fahrradtouren, am liebsten mit der Familie, und ist begeisterter Skifahrer. Klein ist verheiratet und Vater von drei Töchtern.

Text Quelle: antisemitismusbeauftragter.de

Foto: Henning Schacht

Schriften des Hessischen Landtages

-
- #01 **Bioethik-Symposium des Hessischen Landtags**
am 17. November 2001, Wiesbaden 2002
-
- #02 **Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus**
am 27. Januar 2004 im Plenarsaal des Hessischen Landtags,
Wiesbaden 2006
-
- #03 **Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus**
am 27. Januar 2005 im Stadtverordnetensaal des Wiesbadener
Rathauses, Wiesbaden 2006
-
- #04 **Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus**
am 26. Januar 2006 im Hessischen Landtag, Wiesbaden 2006
-
- #05 **Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus**
am 27. Januar 2007 im Ständehaus Kassel, Wiesbaden 2008
-
- #06 **Symposium „Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am
Lebensende“** am 12. März 2007 im Hessischen Landtag,
Wiesbaden 2008
-
- #07 **Festveranstaltung des Hessischen Landtags zum 60-jährigen
Jubiläum des Unterausschusses Justizvollzug** am 11. Mai 2007
in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg, Wiesbaden 2008
-
- #08 **Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus**
am 27. Januar 2008, 26. Januar 2009 und 27. Januar 2010 und aus
Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht am 10. Novem-
ber 2008, Wiesbaden 2010
-
- #09 **Feierliche Übernahme des neuen Plenarsaals**
am 4. April 2008 und Verabschiedung der ausscheidende
Abgeordneten der 16. Wahlperiode des Hessischen Landtags
und Einweihung des neuen Plenargebäudes, Wiesbaden 2010
-

-
- #10 **20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der ehemaligen
DDR und Beginn der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von
Hessen und Thüringen. Symposium** am 18. September 2009 im
Hessischen Landtag, Wiesbaden 2010
-
- #11 **9. November – Ein Tag deutscher Geschichte. Vortragsver-
anstaltung mit Prof. Dr. Eckart Conze** am 10. November 2009
im Hessischen Landtag, Wiesbaden 2010
-
- #12 **Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2009**
an Dekha Ibrahim Abdi, Wiesbaden 2010
-
- #13 **Unrechtsschicksal der Heimkinder der 50er und 60er Jahre.
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Familie und
Gesundheit** am 29. Oktober 2009, Wiesbaden 2011
-
- #14 **50-jähriges Bestehen des Vertrages des Landes Hessen mit den
Evangelischen Kirchen. Veranstaltung des Hessischen Landtags
und der Evangelischen Kirchen** am 28. Juni 2010, Wiesbaden 2011
-
- #15 **Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2010**
an Ismail Khatib, Wiesbaden 2011
-
- #16 **20 Jahre Deutsche Einheit. Feierstunde**
am 28. September 2010, Wiesbaden 2011
-
- #17 **Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland. Gedenkver-
anstaltung und Ausstellungseröffnung** am 16. August 2011 im
Hessischen Landtag, Wiesbaden 2011
-
- #18 **Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2011**
an Sadako Ogata, Wiesbaden 2011
-
- #19 **Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und
Eröffnung der Ausstellung „Ein Leben aufs neu“** am 27. Januar
2012 im Hessischen Landtag, Wiesbaden 2012
-
- #20 **Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2012**
an Elisabeth Decrey Warner, Wiesbaden 2012
-

-
- #21 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2013 an Imam Dr. Muhammad Ashafa & Pastor Dr. James Wuye, Wiesbaden 2013
-
- #22 Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht „Alles Blut aus meinem Herzen“ am 9. November 2013 im Hessischen Landtag, Wiesbaden 2013
-
- #23 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung der Ausstellung „Der Weg nach Auschwitz“, Wiesbaden 2014
-
- #24 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2014 an Rubem César Fernandes, Wiesbaden 2014
-
- #25 Vortragsreihe Krieg und Frieden in Europa – Vom Beginn des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zur Europäischen Einigung von Prof. Dr. Herfried Münkler, Wiesbaden 2015
-
- #26 25 Jahre Beschluss des Aktionsprogramms Hessen-Thüringen / Schülerseminar 25 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden 2015
-
- #27 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2015 an Ella Mikhaylovna Polyakova, Wiesbaden 2015
-
- #28 Plenardebatte zum Gedenken an den 8. Mai 1945, Wiesbaden 2015
-
- #29 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus, Wiesbaden 2016
-
- #30 „Einheit Deutschlands und Einheit Europas – zwei Seiten der gleichen Medaille“, Wiesbaden 2016
-
- #31 Sondersitzung des Hessischen Landtags anlässlich des 70. Jahrestages der Annahme der Landesverfassung am 1.12.1946, Wiesbaden 2017
-
- #32 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2016 an Federica Mogherini, Brüssel 2017
-

-
- #33 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus, Wiesbaden 2018
-
- #34 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2017 an Carla del Ponte, Wiesbaden 2018
-
- #35 Plenardebatte zum Bericht der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen – Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“, Wiesbaden 2018
-
- #36 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2018 an Prof. Dr. Dr. h. c. Şebnem Korur Fincancı, Wiesbaden 2018
-
- #37 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2019 an Dr. Abiy Ahmed Ali, Wiesbaden 2019
-
- #38 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2020 an Zoran Zaev und Alexis Tsipras, Wiesbaden 2020
-
- #39 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus, Wiesbaden 2021
-
- #40 Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 am 8. Mai 2021, Wiesbaden 2021
-
- #41 Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2022 an Ilwad Elman, Wiesbaden 2023
-
- #42 Feierstunde anlässlich des 175. Jubiläums der Zusammenkunft der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche am 27. Juni 2023, Wiesbaden 2023
-
- #43 Gedenkstunde im Rahmen des bundesweiten Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 24. Januar 2024, Wiesbaden 2024
-

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Impressum:

Herausgeberin:
Die Präsidentin des Hessischen Landtages
Astrid Wallmann
Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

www.hessischer-landtag.de

Redaktion:
Dr. Willem-Alexander van't Padje,
Hessischer Landtag

Gestaltung:
Pixelgarten, Frankfurt am Main

Druck:
AC medienhaus GmbH

Fotos:
Seiten 8-9, 15, 20, 26, 34, 48-49
© Hessischer Landtag, Kanzlei
Seiten 12-13, 14, 16-17, 47
© Hessischer Landtag, Kanzlei, Fotograf Stefan Krutsch

Auflage: 350 Stück

© 2024 Hessischer Landtag

gedruckt auf Circle Offset Premium White
100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel
FSC® zertifiziert

Diese Publikation wird vom Hessischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgerinnen und -trägern oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist grundsätzlich unzulässig.



„Antisemitismus ist
ein Angriff auf unsere
gemeinsamen Werte,
auf Freiheit, Toleranz und
Gleichheit, und damit
ein Angriff auf uns alle.“

Dr. Felix Klein
Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben in Deutschland und
den Kampf gegen Antisemitismus